Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugspreis: vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.40, im Ausland mit entsprechendem Zuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Werktags von Vorm. 8–5 Uhr Nachm., Sonntags v. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile ungefähr 8 Silben 15 Pfg., für Vorlaufs oder nach Seitenanfang 20 Pfg. Unterm Strich (Einges.) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche von hier aus vermittelnden Annoncenbureaus an. Für Richtigkeit einzelnerer Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

39. Jahrgang. Dresden, 1894.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen. Cacaos. Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Thüre zu! D.R.-Patent. Thüre zu!
Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser
Thürschliesser.
Prospekte gratis und franco. **70.000** Stück im Gebrauch.
Curt Hetzstus, Dresden-N., **Tieckstr. 12,** Fr. 27. (Fernsprechamt II, Nr. 2916.)

Kräutersäfte
zu Frühjahrs-Blutreinigungskuren, gegen Leberleiden etc., täglich frisch gepresst.
Königl. Hofapotheke. Dresden.
Georgenthor.

St. Gotthard, aromatischer Alpenkräuter-Magenbitter von Apotheker A. Kretzschmar in Chemnitz ist der beste und gesundeste Magenlikör der Welt. Derselbe macht Appetit, stärkt den Magen, befördert die Verdauung, heilt verdorbenen Magen. St. Gotthard ist zu haben in allen Colonialw.- u. Drogenhdlg., Apotheken, Delicatessengeschäften, Conditoreien, Weinhandlungen und Restaurationen.

Tuchwaaren.
Neuheiten in **Anzug-, Paletot-** und **Hosenstoffen**
nur gediegene Qualitäten
empfiehlt in grösster Auswahl billigst
Friedr. Greiff & Sohn.
9 Georgplatz 9.

Dresdener Vernickelungs-Anstalt **Otto Büttner.** **Galvanisches Laboratorium** für Vernickelung, Verkupferung, Vermessingung, Versilberung, Vergoldung, Brunieren, Oxydiren aller Metallgegenstände. Spezialabtheilung: **Vernickelung von Fahrrädern, Maschinentheilen u. s. w.** **Falkenstrasse 1—3.** Fernsprecher Amt I, 1606.

Nr. 103. Spiegel: Zerbröckelung des Centrums. Sportnachrichten. Zeichenbildung. Reichstelegraphenämter. Expansion. Arbeiterschutz. Handelsvertrag. Gartenbauschule. Projekt Bauer Weisenbend. Gerichtsverhandlungen. „Der Probepfeil". Schriftmeister Pensionsanstalt. **Freitag, 13. April.**

Politisches.

So lange die „schwarze Perle von Meppen" mit ihrem hohen diplomatischen Talent der Centrumspartei Leben und Seele einhauchte, durfte die Presse der Partei sich mit Recht brüsten, daß das Centrum ein unzerbröckelbarer Thurm sei. Wie oft auch der Gang der Ereignisse klaffende Risse in das feste Mauerwerk des Thurmes zu sprengen drohte, immer wieder verstand es Windthorst's feiner Geist unter kluger Ausnutzung der Umstände, die Gefahr zu beschwören. Die Politik des „interim fit aliquid" hat zwischen geschickt etwas, der Grundsatz der dilatorischen Behandlung wichtiger Fragen, um mit der Zeit Rath zu gewinnen, gestaltete sich unter den meisterlichen Händen des im höchsten Grade scholastisch veranlagten Windthorst zu einer zweischneidigen Waffe, deren glatte Schärfe manchen gordischen Knoten zu Gunsten des Centrums durchhauen hat. So war denn der kleine, weitsichtige Mann in der That eine „Perle" für das Centrum, deren gediegenen Werth selbst der Altreichskanzler in einer der ersten Kulturkampfdebatten des neuen Deutschen Reichstages anzuerkennen sich genöthigt sah. Er fügte freilich hinzu: „Für mich persönlich liegt aber der Werth einer Perle hauptsächlich in ihrer Farbe und in dieser Beziehung bin ich sehr wählerisch." Das hat aber nicht gehindert, daß Fürst Bismarck später bei manchen Gelegenheiten mit der beweglichen schwarzen Excellenz einen realpolitischen Pakt schloß, wo ein solcher zu Nutz und Frommen des großen Ganzen gereichte. Auch hat Bismarck keinen Anstand genommen, später zu erklären, daß er im Laufe des Kulturkampfes gelernt habe, das Centrum als politischen Gegner zu achten. Ja, selbst der letzte Augenblick vor dem Ausscheiden des Fürsten aus seiner leitenden Stellung war infolge einer seltsamen Laune des Zufalles durch den Versuch ausgefüllt, die Lage, welche durch die Fäden des gegen den Kanzler gesponnenen Ränkespieles unsicher gemacht worden war, mittels einer erneuerten Kraftbarmachung der in der Person Windthorst's potenzirten politischen Macht zu klären. Man muß es auch vom gegnerischen Standpunkte aus der kleinen Excellenz lassen, daß sie unablässig auf den Zinnen der von ihr beherrschten Centrumsburg gestanden und Ausguck nach allen Seiten gehalten hat, um jede Gelegenheit zur Befestigung der Position des Centrums mit ebenso erstaunlichem Geschick wie erschöpfender Gründlichkeit auszunutzen. So gelang Windthorst das scheinbar Unmögliche: die politisch und wirthschaftlich auseinander strebenden Elemente feudal-aristokratischer und klerikal-demokratischer Richtung unter seinen Hut zu bringen und bis zu seinem Lebensende darunter festzuhalten. Als aber die kleine Excellenz zu ihren Vätern versammelt war, hörten die Stürme nicht auf, an den Mauern des „Thurmes" zu rütteln. Im Gegentheil, es tauchten Fragen im wirthschaftlichen Leben auf, deren zersetzende Schärfe sich auch in dem festen Mörtel, der bisher den Bau des Centrums zusammengehalten hatte, bemerkbar zu machen begann. Jetzt hieß es für das Centrum, den richtigen Mann zu finden, der im Stande war, die Erbschaft Windthorst's anzutreten. Das war eine Lebensfrage für die Partei, von deren glücklicher Lösung die Aufrechterhaltung der bisherigen Machtstellung des Centrums abhing. Wie ist die Lösung ausgefallen? Die Antwort geben die Ereignisse, welche sich im Schooße der Partei in den letzten Wochen vollzogen haben.

Als der neue Führer des Centrums, Herr Dr. Lieber, in den Sattel des Rosses gehoben wurde oder vielmehr sich selbst hinaufschwang, war die politische Atmosphäre mit Gewitterelektricität geschwängert und allerlei Sturmzeichen tauchten am Horizont auf. Als dann schließlich das Wetter hereinbrach und der Sturmwind des russischen Handelsvertrages mit elementarer Frühlingsgewalt in den bisherigen ernsten Besitzstand der politischen Parteien einbrach, versagte bereits das Geschick des neuen Vorkämpfers. Es gelang ihm nicht, seine Mannen zusammenzuhalten. Ein erheblicher Theil schwenkte nach rechts in's Lager der Landwirthe ab und nahm Fühlung mit den frondirenden Adeligen des Centrums, die bei den wegen der Militärvorlage ausgeschriebenen Neuwahlen des verflossenen Jahres auf der Strecke liegen geblieben waren. Von diesem Zeitpunkte an spitzten sich die Dinge innerhalb des Centrums rasch zu einer Krisis zu. Daß die Presse der Partei das Vorhandensein einer Krisis auch jetzt noch mit dem Mantel der Liebe zudecken möchte, mag vom parteipolitischen Standpunkt aus erklärlich erscheinen. Aber die Versuche, die nach dieser Richtung gemacht werden, weisen keine rechte Ueberzeugungsfreudigkeit mehr auf. Angesichts der harten Wucht der Thatsachen, der sich schon zu Anfang des vorigen Jahres der frühere streitbare Abgeordnete Dr. Paul Majunke nicht zu verschließen vermochte, bricht sich auch in Centrumskreisen die Erkenntniß Bahn, daß der „Thurm" keine Pyramide ist und daher unter dem Einfluß der nagenden Zeit dem allmählichen Verfall entgegengeht. Die persönliche Fehde zwischen Dr. Lieber und verschiedenen Blättern und Persönlichkeiten des Centrums aus Anlaß seiner Haltung gegenüber dem Handelsvertrage ist ein bündiger Beweis für die beginnende Zersetzung innerhalb der Partei, gegen den die Art des Vogels Strauß, den Kopf in den Sand zu stecken, kein Schutzmittel bildet.

Der Verlauf dieser Angelegenheit, die zur Zeit in allen Blättern reichliche Staubwolken aufwirbelt, ist folgender. Dr. Lieber, der „Nußpreuße", hatte es für angemessen gehalten, die Durchbringung des Handelsvertrages im Reichstage mit einer Dithyrambe zu feiern, in der er den friedlichen Sieg Caprivi's mit der Waffenthat bei Sedan verglich! Diese Geschmacklosigkeit wurde darauf in dem „Rheinischen Bauer" des Freiherrn von Loë mit einigen kräftigen, aber unzweifelhaft wohlverdienten Strichen in das rechte Licht gerückt. Darauf erklärte Herr Dr. Lieber in seiner Frankfurter Rede, daß ihm „der kleine Finger des Freiherrn von Schorlemer Alst lieber sei als der ganze Freiherr von Loë" und der Letztere erließ eine spitzige Gegenerklärung. Welche tiefen sachlichen Gegensätze sich hinter den geschilderten persönlichen Plänkeleien verbergen, erhellt aus dem verlautbarten Absicht, den die Affaire gefunden hat. Herr Dr. Lieber will nämlich von der politischen Schaubühne abtreten, um die Formen des öffentlichen Lebens mit den Normen der privaten Persönlichkeit zu vertauschen. Noch scheint es zwar nach den Aeußerungen der Centrumsblätter, als wenn mit der Möglichkeit seines „Verbleibens im Amt" stark gerechnet würde. Aber es ist zu bedenken, daß ein Politiker, der einmal durch die Verhältnisse soweit gedrängt worden ist, wie der gegenwärtige Centrumsführer, nie wieder einen wirklichen Einfluß auf das Gros seiner Partei wird gewinnen können. Deshalb würde selbst ein wohl mehr erzwungenes als freiwilliges Ausharren Dr. Lieber's auf seinem Posten lediglich die Bedeutung einer mühsamen, augenblicklichen Ueberbrückung des breiten Risses haben, der sich zwischen den wirthschaftlich und politisch einander widerstrebenden Elementen des Centrums neuerdings aufgethan hat.

Unzweifelhaft hat zu diesem Ausgang die mangelnde persönliche Befähigung Dr. Lieber's zu politischer Parteiführerschaft den hauptsächlichsten Theil der Schuld beigetragen, wenn auch ein objektives Urtheil nicht verkennen darf, daß die Verhältnisse im Laufe der letzten Jahre eine derartig veränderte Gestalt angenommen haben, daß selbst ein Windthorst kongenialer Geist heute wohl schwerlich eine ähnliche Reihe unausgesetzter Triumphe zu erzielen vermöchte. Dr. Lieber fehlt in erster Linie die Besonnenheit der Diplomatie. Sein Temperament geht bei jeder Gelegenheit mit ihm durch und die Gabe der Beredtsamkeit erweist sich daher für ihn sehr leicht als ein Tanzengeschenk. Nach der Abstimmung über den Handelsvertrag mußte es die oberste Aufgabe eines klugen Parteiführers sein, beide Schalen der Waage im Gleichgewicht zu erhalten. Die kühle Diplomatie eines Windthorst hätte ganz sicher kein Loblied auf den Handelsvertrag angestimmt, sondern selbst dann, wenn er persönlich für den Vertrag gewesen wäre, das Resultat der Abstimmung mit eisiger Kälte entgegengenommen und eine gewissermaßen bedauernde Verbeugung nach der gegnerischen Seite seiner Partei gemacht. Statt dessen warf Dr. Lieber einen recht groben Klotz in die landwirthschaftliche Waagschale des Centrums, sodaß diese mit einem heftigen Ruck zu Boden schnellte, um alsbald in jähem Emporsteigen die handelspolitische Schale unsanft zur Erde zu stoßen. So schwankt nun das Zünglein der Waage hin und her, ohne daß Dr. Lieber Willens wäre, sich auf eine bessere Methode der Parteileitung zu besinnen. Er erklärt vielmehr in seinem Schreiben vom 7. d. M. an die „Niederrheinische Volkszeitung", daß er „reden werde, reden von der Leber, und den Klugen zeigen, daß wer Klugheit predige, noch dringender noth gehabt hätte, sie zu üben". Die Neigung, rücksichtslos darauf los zu reden, sobald ihm „etwas über die Leber läuft", ist Dr. Lieber's eigenthümliche Schwäche, welche ihn die staatsmännische Ausnutzung der in der jeweiligen politischen Konstellation begründeten taktischen Momente unmöglich macht. Das Centrum hat daher eigentlich gar keine Ursache, aus seinem jetzigen Führer ein „Jelänger-Je Lieber" zu machen. Weit eher könnte es von dem Lieber'schen Regimente sagen: „Je kürzer, desto besser". Es ist aber natürlich nicht Sache der Gegner, sich den Kopf des Centrums darüber zu zerbrechen, wie sein Auseinanderfall am längsten hinauszuschieben sei. Eins ist jedenfalls sicher: ob mit oder ohne Dr. Lieber, der Zerbröckelungsprozeß des Centrums wird langsam, aber stetig fortschreiten, denn die Zeit will ihr Opfer haben. Diese Opfer aber sind die heutigen politischen Parteien ohne Ausnahme. Der Keim der Umbildung findet sich bei allen. Die Zeit liegt in schweren Wehen. Ihr kreißender Schooß ringt mit der Geburt einer neuen Weltanschauung, die, ohne den christlichen Heilswahrheiten irgendwie zu nahe zu treten, vielmehr gerade mit ihnen und durch sie die Besserung der sozialen Zustände herbeiführen will. Der soziale Gedanke auf christlich nationaler Grundlage ist es, um den als Mittelpunkt die Neugruppirung der alten politischen Parteien nach dem Gesichtspunkte einer ehrlichen, wirthschaftlichen Interessenvertretung sich vollzieht. Dieser Prozeß ist unaufhaltsam und auch das Centrum wird ihm nicht länger entgehen, am wenigsten dadurch, daß es Herrn Dr. Lieber, wie die neueste in der Sache vorliegende Meldung besagt, noch weiter an die ihm verliehene politische Scholle fesselt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 12. April.

Berlin. Reichstag. Der Handelsvertrag mit Uruguay wird in dritter Lesung debattelos angenommen, ebenso die Patent- und Musterschutzkonvention mit der Schweiz. Es folgt dritte Berathung des Gesetzentwurfs betr. die Abzahlungsgeschäfte. Abg. Meyer (freis. Ver.) spricht gegen die Vorlage, welche den Rücksichten der Billigkeit nicht entspreche. Wird ein Vertrag aufgehoben, so steht doch im Allgemeinen fest, daß derjenige Theil, der den Vertrag zu erfüllen bereit ist, ohne Schaden davonkommen muß; hier dagegen gestattet man, was an sich schon eine Abnormität ist, dem Käufer, von dem Vertrag zurückzutreten und man sorgt dann noch dafür, daß der Käufer schadlos bleibt, während auf den zur Erfüllung des Vertrages bereiten Verkäufer solche Rücksicht nicht genommen wird. — Abg. v. Buchka (kons.) ist im Gegensatz dazu der Ansicht, daß das Gesetz in vorliegender Form wohlthätig wirken werde; Unbilligkeiten gegen den Verkäufer enthalte es nicht. — Ein Antrag Auer (Soz.), in dem in der zweiten Lesung auf Antrag der Sozialdemokraten aufgenommenen § 7, welcher für den Fall schriftlichen Vertragsabschlusses den Verkäufer verpflichtet, dem Käufer eine zweite Ausfertigung der Vertragsurkunde auszuantworten, das Wort „Ausfertigung" zu ersetzen durch „Gleichlautend, von beiden Theilen unterschrieben", wird abgelehnt. — Staatssekretär Bieberding: Der § 7 gehöre nicht in das Gesetz. Die Vorschrift des Paragraphen würde nicht nur die eigentlichen Abzahlungsgeschäfte, sondern jedes Geschäft mit Theilzahlungen treffen und dadurch bedenklich in den gesammten Geschäftsverkehr eingreifen. — § 7 wird nach längerer Debatte abgelehnt. — § 8 will nach dem Beschluß der zweiten Lesung allgemein alle Werthpapiere von dem Theilzahlungsverkehr ausschließen, während das nach der Regierungsvorlage nur hinsichtlich der Inhaber-Papiere mit Prämien der Fall sein sollte. — Abg. Meyer (freis. Ver.) beantragt Wiederherstellung der Fassung der Vorlage. — Staatssekretär v. Bötticher befürwortet die Wiederherstellung, die schließlich gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wird. Die Gesammtabstimmung aber das so geänderte Gesetz findet morgen statt.

Endlich wird die Novelle zur Konkursordnung angenommen, wonach den Vermiethern in Ansehung ihres Entschädigungsanspruches für die vom Konkursverwalter vorzeitig erfolgte Kündigung von Miethverträgen ein Pfandrecht an den eingebrachten Sachen des Miethers und Konkursschuldners nicht mehr zustehen soll. — Bei Feststellung der Tagesordnung für die morgende Sitzung beantragt Abg. Rickert (freis. Ver.), den Antrag des Grafen Kanitz betr. Vertraulichmachung des Getreidehandels auf die Tagesordnung zu setzen. — Abg. Richter bittet, dann aber wenigstens den Gegenstand nur als letzten auf die Tagesordnung zu setzen, denn gar so viel Eile brauche man ihm nicht zu erweisen. — Der Antrag Rickert wird mit den von Richter vorgeschlagenen Modalitäten angenommen. — Morgen: Rechnungssache, Petitionen, Abstimmung über den Entwurf betr. die Abzahlungsgeschäfte, Antrag Kanitz. Der Letztere hat indeß wenig Aussicht, zur Verhandlung zu kommen, da einige der Petitionen längere Debatten veranlassen dürften.

Berlin. Der Bundesrath nahm den Antrag Preußens betr. die Verlängerung der Frist für Gestattung des Fortbildungsschulunterrichts am Sonntagen an.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus begann heute die erste Lesung der Novelle zur Kirchen- und Synodalordnung. Abg. Dr. Cuno (nat.-lib.) spricht gegen die Vorlage und äußert insbesondere schwere Bedenken gegen die Beschränkung des Genehmigungsrechtes der gesetzgeberischen Körperschaften hinsichtlich kirchengesetzlicher Bestimmungen. Es sei zu befürchten, daß es sich bei einer Stärkung der Macht der Synode darum handle, Elemente, die man nicht für bekenntnißtreu halte, zu entfernen. Werde doch heute schon die Beeidigung der Geistlichen verlangt, die bei der Ordination das Gelübde auf das Apostolikum verweigern. Kultusminister Dr. Bosse trat diesem Bedenken entgegen. Die Verhältnisse hätten sich so entwickelt, daß der Staat dem Betreiben der evangelischen Kirche nach größerer Selbstständigkeit entgegenkommen müsse. Die Tendenz der Orthodoxie Vorschub zu leisten, liege der Vorlage fern, die evangelische Kirche dürfe aber nicht von einer konfessionell gemischten gesetzgebenden Körperschaft abhängig sein; wäre sie so weit gesunken, daß sie sich selbstständig nicht mehr behaupten könnte, dann wäre sie überhaupt verloren, das sei aber nicht der Fall. Für die Vorlage sprachen die Abgg. Dr. Maina, Dr. Schilling und Stöcker, dagegen Abg. Frhr. v. Zedlitz, Rickert und Dr. Langerhans. Abg. Stöcker wies insbesondere darauf hin, daß die evangelische Kirche, um dem Untergange erfolgreich entgegentreten zu können, einer größeren Selbstständigkeit bedürfe. Es solle Niemand aus der Kirche ausgeschlossen werden, weil er nicht rechtgläubig ist, aber Ungläubige sollen von der Kanzel und von den Kirchenämtern ausgeschlossen sein, wenn die Ungläubigkeit gerade an dieser Stelle eine Sünde sei vor Gott und den Menschen. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Die von einem hiesigen Depeschenbureau verbreitete Nachricht, Finanzminister Dr. Miquel werde zurücktreten und Unterstaatssekretär Dr. v. Rottenburg sei zu seinem Nachfolger ausersehen, entbehrt jeder Begründung. — Der Centrumsabgeordnete Dr. Lieber hat seine Absicht, seine parlamentarischen Mandate niederzulegen, aufgegeben. — In der Budgetkommission des Reichstages hat Abg. v. Kardorff den Antrag eingebracht, daß die von der Regierung zur Verstärkung des Betriebsfonds des Reiches verlangten 67 Millionen aus dem Invalidenfonds nur als Vorschuß hergegeben werden sollen. — Die Vereinigung der Steuer- und Wirthschaftsreformer, der Bund der Landwirthe und die wirthschaftliche Vereinigung des Reichstages erlassen ein Preisausschreiben über das Thema: „Geist und Wirkung der preußisch-deutschen Gesetzgebung des 19. Jahrhunderts im Verhältniß zur Entwickelung der beweglichen und unbeweglichen Produktionsfaktoren." — Die Berliner Gewerbeausstellung 1896 soll im Treptower Parke stattfinden und von der Stadt Berlin eine Beisteuer von 300,000 Mk. geleistet werden.

Berlin. Die „offiziöse Nordd. Ztg." bringt einen Artikel gegen den Antrag des Grafen Kanitz, in dem es heißt: Die Mehrleistung, die hier auf öffentliche Rotten gefordert wird, ist erschütternd, sie überschreitet erheblich das Maß des Nachhaltigkeitsprinzips, das bei dem übrigen und seiner Aufgabe gemäßen praktischen Landwirth vorliegt, dementsprechend wird die Antwort der verbündeten Regierungen ohne Zweifel nur in einem runden Nein bestehen können, trotz des hervorragenden Grades von staatserhaltender Wirksamkeit, den die Antragsteller selbst noch nach der neueren Entwickelung der Dinge in der konservativen Partei sich in die Wagschale zu werfen haben mögen, würde die Regierung pflichtgemäß doch davon absehen müssen, der großen Mehrheit der Bevölkerung zu Gunsten einer einzelnen Schicht Opfer anzuerlegen, die an den Charakter von Kriegskontributionen streifen. Die Aussicht auf große Einnahmen des Reiches, durch die andere unlieblsame Steuern entbehrlich würden, kann von diesem Urtheile nicht abdrängen, denn die deutschen Regierungen haben nicht nur darnach zu fragen, welch' große Erträge eine Einnahmequelle abwerfen würde, sondern vor Allem, welche Einnahmen sich für sie schicken und hier würde, so wenig die Antragsteller offenbar sich dessen klar bewußt geworden sind, Grund vorliegen, den Vorwurf des Großwuchers mit heraufzubeschwören.

Berlin. Die Währungsenquetekommission ist heute Nachmittag wieder zusammengetreten, nachdem sie vor längerer Zeit ihre konstituirende Sitzung abgehalten hatte; sie hat die Zwischenzeit benutzt, um das eingegangene Material zu prüfen. Inzwischen hat auch Dr. Arendt seine Vorschläge zur Hebung und Festlegung des Silberwerthes durch eine Organisation des Silberwerthes veröffentlicht. — In Sachen der Plakatsäulen in den Harmonikasängen hat in der wiederholten Prozeßsache des preußischen Eisenbahnfiskus gegen den Theaterdirektor Franz Wallner das Amtsgericht Berlin dahin für Recht erkannt, daß der Anspruch des Fiskus auf Zahlung der besonderen Gebühr von 2 Mk. für das Benutzen eines Platzes 2. Klasse in den Harmonikasängen für begründet erklärt und der beklagte Theaterdirektor demgemäß verurtheilt werde.

Pest. Das Ehegesetz wurde mit 281 gegen 106 Stimmen, die Vertrauenskundgebung für das Ministerium mit 211 gegen 102 Stimmen, angenommen.

London. Unterhaus. Harcourt theilte mit, daß Uganda eine reguläre Verwaltung erhalten und unter britisches Protektorat gestellt werden soll (Stürmischer Beifall).

Rio de Janeiro. Die Nachricht daß Rio Grande von den Aufständischen besetzt sei, wird dementirt.

Köln. Ein Bericht der „Köln. Ztg." aus Friedrichsruh stellt fest, daß Fürst Bismarck seit einigen Monaten sich eines außergewöhnlichen Wohlergehens und einer Heiterkeit erfreut, wie sie

Pfund's berühmte **Kindermilch.** Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 79. Trockene Fütterung.